NHG-Veranstaltung "Dynamik Agglomeration"
vom 5. November 2019

05.11.2019 / Arthur Frauenfelder, Vorstandsmitglied NHG Winterthur

Einleitung zum Podium

- Entwicklung und Bedeutung der Agglomeration waren bereits Thema einer Vorgängerveranstaltung der NHG vom 9. April 2019. Damals behandelten ein Historiker und Raumplaner (Dr. Paul Schneeberger) sowie ein Architekt (Raphael Frei) vor allem grundsätzliche und planerische Aspekte des Themas.
- Zu den Auswirkungen auf das politische Leben in der Agglomeration und in den betroffenen Gemeinden gab es dabei nur am Rande Hinweise. Erwähnt wurde, dass sich Agglomerationsbewohner/innen nur mässig mit ihren Wohngemeinden identifizieren, dass sie ein sehr pragmatisches Verhältnis zur ihrer Lebenssituation in der Agglomeration haben und einen grossen Individualismus pflegen. Angesprochen wurde auch eine angebliche Unstetigkeit im Stimmverhalten der Agglomerationsbevölkerung (Beispiel: Ja zur Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2000; Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative 2014).
- Direkt mit dem Thema "Politik und Demokratie in der Agglomeration" hat sich die Vorgängerveranstaltung nicht befasst. Dazu gibt es aber eine Studie der Autoren Daniel Kübler und Brigitte Bijl-Schwab aus dem Jahr 2014 ("Politik und Demokratie in der Agglomeration", publiziert in "Reformen in Kantonen und Gemeinden", Hrsg. Reto Steiner, Andreas Ladner, Pascal Reist, Bern 2014). Die beiden Wissenschaftler führten in vier grossen Schweizer Agglomerationen (darunter auch Zürich) Bürgerbefragungen durch, dies unter den Aspekten a) Identifikation, b) Benutzung von agglomerationsweiten öffentlichen Dienstleistungen (Verkehr, Kultur, Sporteinrichtungen, Wasserversorgung, Drogenhilfe und Kleinkinderbetreuung) und c) Wahrnehmung der politischen Institutionen.
- Dabei gelangten die Forscher unter anderem zu folgenden Ergebnissen:
    - In den Agglomerationsgemeinden ist die Identifikation mit der Gemeinde mässig, das Interesse für die Politik anderer Gemeinden und insbesondere der Kernstädte aber relativ gross. In den Kernstädten umgekehrt ist die Identifikation mit der Stadt stark und das Interesse an anderen Gemeinden gering. Beklagt wird dort vor allem die ungenügende Abgeltung der Zentralörtlichen Leistungen durch die Land- und Agglomerationsgemeinden (Vorwurf des Trittbrettfahrens).
    - In Kernstädten und Agglomerationsgemeinden herrscht generell Zufriedenheit mit den öffentlichen Dienstleistungen. Viele dieser Leistungen werden aber nicht mit dem lokalen Gemeinwesen in Verbindung gebracht. Weil überkommunal organisiert ist die Bereitstellung der Leistungen oft auch wenig transparent und demokratisch schwer beeinflussbar.
    - Das Vertrauen in die Behördenarbeit und das Funktionieren der politischen Institutionen ist in der Agglomeration und den Städten insgesamt ähnlich mittelmässig. Der Glaube an die demokratischen Einflussnahmemöglichkeiten ist aber

vor allem in den stadtnahen Agglomerationsgemeinden noch etwas stärker. Fusionen und Eingemeindungen würden diesen Glauben wohl schwächen.

- Daraus leitet die Studie ab, dass die Unterstützung für institutionelle Anpassungen in der Bevölkerung und den Gemeinden eher gering ist. Bevorzugt werden Formen der freiwilligen Zusammenarbeit. Für strukturelle Änderungen brauchte es vor allem massgeschneiderte Lösungen, eine gewisse Identifikation mit der Agglomeration und ein verstärktes Verständnis der Kernstädte für die Situation und die Anliegen der Agglomerationsgemeinden (Abrücken vom einseitig finanziellen Trittbrettfahrer-Vorurteil).
- Einige der genannten Stichworte findet man auch im Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2017 des Zürcher Regierungsrats. Zur Situation im Kanton Zürich enthält der Bericht insbesondere folgende Aussagen:
  - Der stetige gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel, der mit einer gesteigerten Mobilität verbunden ist, führt zu einem Auseinanderdriften der sozioökonomischen Lebensräume und der staatspolitischen Entscheidungsstrukturen. Die Stellungen als Stimmberechtigte/r, als Steuerzahler/in und als Leistungsbezüger/in stimmen bei den heutigen Gemeindegrenzen nicht mehr überein.
  - Es besteht eine sehr grosse, kaum überschaubare und schwerfällige Vielfalt an Organisationsformen und Aufgabenträgern, die aus Sicht des Kantons nach einer Vereinfachung verlangt. Mit einfacheren Strukturen und weniger Aufgabenträgern sollen die Steuerbarkeit der kommunalen Aufgabenerfüllung und die fiskalische Äquivalenz (d.h. das Übereinstimmen von Entscheidungsträger, Nutzniesser und Kostenträger) verbessert werden.

- Mit diesen Stichworten habe ich versucht, Sie an die Thematik des heutigen Abends heranzuführen und vielleicht auch ein paar erste interessante Spannungsfelder innerhalb des Themas aufzuzeigen. Wie es sich mit den erwähnten Aspekten tatsächlich verhält und was "Dynamik Agglomeration" für zwei Zürcher Gemeinden und den Leiter des Gemeindeamts des Kantons in ihrem Tagesgeschäft konkret bedeutet, werden wir gern im folgenden Gespräch unter der Leitung von Jakob Bächtold, stv. Chefredaktor des Landboten, erfahren.